

Hertener Allgemeine, 12.06.2008

VIKZ steht nicht unter Beobachtung

Von Gregor Spohr

HERTEN. Der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) wird nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Das betonte ein Abgesandter des NRW-Integrationsministeriums im Haupt- und Finanzausschuss.

Der Verband, zu dem auch die neue Moschee an der Paschenbergstraße gehört, war in anderen Städten wegen nicht genehmigter Schülerwohnheime in die Kritik geraten. Dabei war ihm auch Verfassungsfeindlichkeit und Integrationsfeindlichkeit unterstellt worden. Ein Vorwurf, der in Hertener besondere Beachtung fand. Schließlich ist der Rechtsanwalt Ersoy Sam nicht nur einer der führenden Köpfe des VIKZ, sondern auch Vorsitzender des Hertener Integrationsrates.

Frank Lenny, der als Abgesandter des NRW-Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) an der Sitzung teilnahm, zitierte aus einer aktuellen Antwort der Landesregierung. Darin heißt es: "Der VIKZ unterliegt nicht der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden des Landes NRW, da keine Sachverhalte vorliegen, die als tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht auf politisch-extremistische Aktivitäten des Verbandes zu bewerten sind." Ein Satz, der sich auch in einem Brief von Minister Armin Laschet an Bürgermeister Dr. Uli Paetzel findet, der der Hertener Allgemeinen vorliegt. Laschet erklärt darin auch, **dass Vorwürfe, der Verband sei "antiwestlich, antidemokratisch und antijüdisch" zurzeit von der Landesregierung nicht bestätigt werden können.** Diese Vorwürfe hatte die Marburger Professorin Spuler-Stegemann in einem Gutachten fürs hessische Sozialministerium erhoben.

Zum Vorwurf der Integrationsfeindlichkeit wollte Frank Lenny keine abschließende Antwort geben. Die Politiker betonten, sie wollten den Dialog mit dem VIKZ fortsetzen.

12.06.2008 | Quelle: Medienhaus Bauer